

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

Ein neuer Einrenkungsversuch. Der Kanzler „mißverstanden“.

Berlin, 6. Dezember.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Erörterungen des Reichstages über die Vorgänge in Zabern standen unter dem Einfluß einer leidenschaftlichen Erregung, welche eine sachliche Würdigung der Erklärungen des Reichskanzlers und des Kriegsministers schwer beeinträchtigte. Manche Ausführungen der beiden Reden wurden offenbar nicht richtig verstanden und nicht sofort richtig gewertet. Das Blatt betont demgegenüber, der Reichskanzler erkläre ausdrücklich, daß er ein volles Verständnis für die Erregung habe, soweit sie aus der Sorge um Recht und Gesetz komme, daß die Autorität der Gesetze geschützt und begangenes Unrecht gesühnt werden sollte. Doch dürfe man dem geordneten gegläubten Verfahren nicht vorgehen.

Das Blatt gibt sodann einen Überblick über die Entwicklung der Ereignisse am 3., 11., 26. und 29. November und erwähnt, daß Leutnant v. Forstner und der Sergeant für die Vorgänge in der Instruktionssitzung, die Auslegung der Prämie und die Abholung der erkrankten Rekruten, sich als Wädes zu melden, mit Arreststrafen belegt wurden. Das Blatt gibt dann eine Darstellung der Vorgänge im Parlament und betont insbesondere, daß der Reichskanzler keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß er das militärische Vorgehen von der Räumung des Schloßplatzes an nicht mehr für gelegentlich halte und daß das begangene Unrecht eine Sühne finden müsse. Da inzwischen, so schreibt das Blatt, noch einige Verhandlungen durch Militärpersonen vorgenommen wurden, befahl der Kaiser den Statthalter, den kommandierenden General und den Reichskanzler, der sich schon vorher zum persönlichen Bericht angemeldet hatte, zum Vortrag. Darauf folgte die Verlegung der Garnison. Weitere Entscheidungen können erst nach dem Abschluß des kriegsgerichtlichen Verfahrens getroffen werden.

Die amtliche Straßburger Korrespondenz veröffentlicht folgende Erklärung:

Wie bereits gemeldet, ist das zweite oberheinische Infanterieregiment Nr. 99, soweit es seinen Standort in Zabern hatte, nach dem Truppenübungsplatz von Haguenau und Bisch verlegt worden. Diese Verlegung wurde verfügt, um die Möglichkeit weiterer Reibungen zu beseitigen und um Ruhe und Frieden in der Stadt Zabern wiederherzustellen. Weitere Maßnahmen, die geeignet sind, der allgemeinen Erregung ein Ende zu machen, sind bereits beschlossene. Ihre Ausführung wird erfolgen nach Abschluß des zurzeit anhängigen militärgerichtlichen Verfahrens, in dem die Verantwortung für die Vorfälle am 28. November und an dem darauf folgenden Tage festgestellt werden wird und die vorgekommenen Gesetzwidrigkeiten ihre Sühne finden sollen. Das Verfahren wird so rasch als möglich geführt werden. Der Statthalter hat ferner auf kaiserliche Willensäußerung feste Gewahrsam dafür erhalten, daß die verfassungsmäßigen Zustände künftighin allgemein strengere Beachtung finden werden.

Unterstaatssekretär Wahnischke und die „Indisposition“ des Reichskanzlers.

V. Berlin, 6. Dezember. (Originaltelegramm.) Gegenüber dem Dementi der Reichskanzlei über die Besprechungen, die der Unterstaatssekretär Wahnischke am Freitag mit den Fraktionsführern im Reichstag hatte, stellen wir ausdrücklich fest, daß der Unterstaatssekretär in seiner Unterredung mit den Abgeordneten von der Verleugnung der Indisposition des Reichskanzlers und davon gesprochen hat, daß nur eine solche Indisposition den Kanzler gehindert habe, ausführlich über die fälschliche Order zu sprechen, die schon damals die Verlegung des Regiments von Zabern und die Beschießung der Untersuchungen angeordnet hatte. Zutreffend ist auch, daß der Unterstaatssekretär von weiteren Maßnahmen und auch davon gesprochen hat, daß die Verlegung des Obersten v. Heutner und des Leutnants v. Forstner in Frage komme.

Stimmen der reichsständischen Presse.

Straßburg, 6. Dezember. Von der elsäß-lothringischen Presse wird die Donauwälder Entscheidung des Kaisers nach der Parteistellung verurteilt. Während die „Straßburger Post“ einen Erfolg und ein gewisses Genugtuung für die Zivilbehörden feststellt, meint die demokratische „Straßburger Staatsbürgerzeitung“, daß die Entscheidung aus Donauwäldern in der Bevölkerung mit gemischten Gefühlen aufgenommen werde. Die das Verfahren des Militärs rühmenden Worte des Reichskanzlers würden nicht im geringsten abgemildert. Die weit links stehende „Straßburger Neue Zeitung“ glaubt, daß der Statthalter in Donauwäldern ein Opfer gebracht habe, das nicht in seiner Rechtfertigung, sondern in seinem Pflichtgefühl begründet gewesen ist, das ihn nach außen hin den Vorwurf der Schwäche zuzog, weil die Gegenpartei ihren Standpunkt rückwärtslos vertrete. Das Zentrumsbild „Der Elsäßer“ will keineswegs einen Sieg der Straßburger Regierung herausfinden. Diese habe mitten im Frieden vor dem Militärs kapituliert. Die sozialdemokratische „Neue Presse“ erklärt in den schärfsten Ausdrücken die getroffenen Maßnahmen für völlig ungeeignet.

r. Berlin, 6. Dezember. Nach der „Tägl. Rundschau“ wird in unterrichteten Kreisen angenommen, daß in der nächsten Zeit ein kaiserlicher Willensakt erfolgen werde, der das Vertrauen für den Kanzler in aller Öffentlichkeit ausdrückt. Der Reichskanzler dürfte in seiner Etatsrede am Dienstag nochmals auf die Vor-

gänge in Zabern zurückkommen und dem Reichstag weitere Mitteilungen über die Verhandlungen in Donauwäldern machen. Die Statthalterkrise in Elsaß-Lothringen, die nach der ersten Etatsrede des Reichskanzlers unmittelbar vor dem Ausbruch stand, sei völlig beigelegt.

r. Leipzig, 6. Dezember. Wie berichtet, hat der Hospitant der Nationalliberalen Fraktion, Ostermann gegen das Mißtrauensvotum in Sachen Zabern gestimmt. Wie das „Leipziger Tageblatt“ wissen will, soll diese Abstimmung für das Verhältnis des Herrn Ostermann zur nationalliberalen Reichstagsfraktion „noch weitere Folgen haben“.

r. Berlin, 6. Dezember. In Beantwortung einer vom „Berliner Volksanzeiger“ an den Statthalter von Elsaß-Lothringen gerichteten telegraphischen Anfrage hat Herr Jörn von Kulach folgende Antwort telegraphisch übermittelt: Habe jetzt keine Veranlassung mehr, Abschiedsgesuch einzureichen. Jörn von Kulach.

Aus dem Reichstage.

Fortsetzung der Arbeitslosen-Debatte. — Die Krankenversicherung der Dienstboten.

In Ermangelung eines besseren füllte der Reichstag die große Erwartungspanne auch heute durch fünfstündige Interpellationsdebatten aus, die im deutschen Parlament stimmungsfroh und ergebnislos verlaufen müssen, über deren Resultat im besonderen Falle von vornherein aber niemand im Zweifel sein konnte. Zunächst führte man die Besprechung der sozialdemokratischen Arbeitsloseninterpellation zu Ende. Der Redner der polnischen Fraktion, der Abg. Sosinski, führte dabei ein neues Argument ins Feld. Er meinte, daß an der Arbeiternot im Osten und an der Arbeitslosigkeit im Westen zu einem guten Teile die deutsche Ostmarkenpolitik schuld sei, die die Polen aus ihrer Heimat in die großen Städte treibe. Herr Mumm aber bestritt die Attributierung der Sozialdemokraten zur Erörterung einer derartigen Materie. Wenn man der Arbeitslosigkeit steuern wolle, müsse man vor allem die ausländischen Arbeiter fernhalten.

Die zweite Interpellation, die zur Beratung stand, war die sonderbare Anfrage über die Dienstbotenversicherung. Der Begründer der Interpellation, Graf Westarp, meinte, das Gesetz sei, nicht ohne daß sich auch seine eigene Partei mitschuldig gemacht habe, übereilt gemacht worden, und die Schwierigkeiten, die sich jetzt zeigten, seien eine Folge dieser Ueberreife. Schon wegen des Konfliktes zwischen den Ärzten und den Krankenkassen müsse das Inkrafttreten der neuen Versicherungsbestimmungen hinausgeschoben werden.

Staatssekretär Dr. Delbrück antwortete mit der guten Bonhomie, die ein reiches Maß von angeborener Geduld und parlamentarischer Erfahrung zu geben vermögen. Er wies darauf hin, daß seit Verkündung des Gesetzes bereits $\frac{1}{2}$ Jahre verlossen seien, und er verriechte, daß von keinem der Bundesstaaten beim Reichskanzler Mitteilungen oder Beschwerden über Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung des Gesetzes entgegenstellten, eingelaufen seien. Weber im Gehege noch in den Ausführungsbestimmungen könne er Mängel finden, die nicht die Beteiligten selbst überwinden könnten. Der gleichen Meinung waren auch die beiden Redner aus dem Hause, die noch zu Worte kamen, der Sozialdemokrat Giebel und der Zentrumsbild. Becker-Arnstberg.

Am 3 Uhr ein Vertagungsantrag einlief, ergab sich, was jeder im Hause vorher schon sagte, die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Man mußte also die Debatte abbrechen. Vor dem kritischen 1. Januar wird sie auch vermutlich nicht wieder an die Reihe kommen. Der Dienstag soll nun endlich die erste Beratung des Etats und die Reichskanzler-Rede über die auswärtige Politik bringen.

Sitzungsbericht.

Arbeitslosen-Versicherung.

In der fortgesetzten Debatte über die Interpellation der Sozialdemokraten betr. die Arbeitslosenversicherung (siehe gestriges Abendblatt) führt Abg. Mumm (Wirtsch. V.) des weiteren aus: Man sollte großzügig die Geldänderen in Kulturland verwenden und die Moore entwässern. Tringend erwünscht wäre die baldige Herabsetzung der Altersgrenze der Invalidenversicherung. Die Versicherung ist nur möglich in Verbindung mit einem gewissen Arbeitszwang und der Bekämpfung der Freizügigkeit.

Unterstaatssekretär Richter: Den Bestrebungen zur inneren sozialen Kolonisation steht die Reichsverwaltung sehr unpopulär gegenüber. Dem Reich für innere soziale Kolonisation, der fünfzig Morgen Kultur hat, sind 100000 Mark aus Reichsmitteln überwiesen worden. Weitere Dundernde werden unter der Aufsicht des Reichslandwirts gemacht. Von den Ergebnissen hängt es ab, ob die Unterstützung des Vereins erhöht wird.

Abg. Brandes (Soz.): Das Land wird empört sein über die Behandlung der Interpellation. Die Regierung folgt hier nur den Schramm- und den Junkern. Nur das hungernde Proletariat hat sie nur 20000 Mark übrig, die sie in den Etat mehr für die Arbeitsnachweise einstellte. Wir verlangen eine Zwangsversicherung, mit der ein Zentralarbeitsnachweis auf parlamentarischer Grundlage verbunden ist. Die Besprechung wird geschlossen. Es folgt die Interpellation der Konservativen betreffend

Dienstboten-Krankenversicherung.

Abg. Graf Westarp (kons.): Die am 1. Januar in Kraft tretende Versicherung stößt auf große Schwierigkeiten. In weiten Landkreisen war es nicht möglich, Verträge mit den Ärzten zu schließen. Die großen Güter der östlichen Provinzen haben mit den Ärzten feste Verträge zur Behandlung der Arbeiterfamilien. Das Gesetz schließt aber nicht die Familien ein. Es bedeutet daher eine bedauernde Verwässerung. Die Weitzer sind geradezu besonnen, einen Versicherungsantrag von der Krankenkasse zu stellen. Das Risiko bei den Dienstboten ist erheblich geringer als bei den gewerblichen Arbeitern. Der neue Zustand bedeutet nun nichts anderes, als daß die Dienstboten mit herangezogen werden für das Risiko bei den gewerblichen Arbeitern, soweit sie in diesen Orten einen höheren Beitrag zahlen müssen. Gerade, weil die Dienstboten ein besseres Risiko bieten und weil das Krankengeld nicht die Rolle spielt, wie bei den Fabrikarbeitern, wäre es wohl zu erwägen gewesen, daß die Krankenkassen für die Dienstboten besondere Wochen- und Lohnsteuern zu entrichten hätten.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Durchführung der Krankenversicherungsgesetzes ist nicht Sache der Reichsregierung, sondern der Landesregierungen. Von diesen gibt keine Nachricht ein, daß der Durchführung der Krankenversicherung bis zum 1. Februar 1914 Schwierigkeiten entgegenstehen. In der letzten Zeit hörten wir allerdings viel

über die Schwierigkeiten der Versicherung der Dienstboten. Dies überzeugt mich aber nicht, daß die Einführung im Jahre 1914 unmöglich ist und daß die beflagten Mängel am Gesetz lagen. Die Gesetzgebung wurde nicht überhastet. In Preußen ist schon ein erheblicher Teil der Dienstboten versichert, insgesamt in 133 Stadt- und Landkreisen. Das Bedürfnis nach einer Versicherung besteht auch größtenteils unter den Dienstboten, ebenso unter den Dienstherrschäften. Es fragt sich nur noch, ob wir den richtigen Weg gegangen sind. Durch Ueberweisung der Dienstboten an die Landkrankenkassen sind die Bedenken gegen die Ortskrankenkassen mit den Kontrollen beseitigt. Wo die sonstigen Krankenkassen nicht bestehen, können für die Dienstboten allein Krankenkassen gebildet werden. Es ging nicht an, die Landkrankenkassen für die Dienstboten obligatorisch zu machen. Die bestehenden Versicherungen bewähren sich in gewisser Beziehung. Man konnte daher den Zutritt dazu nicht verbieten. Betreffs der Höhe der Beiträge bei den Ortskrankenkassen läßt das Gesetz ausdrücklich eine Abstufung nach Erwerbshöhe zu. Wenn die Gemeinden diese nicht vornehmen, liegt nicht eine Schuld des Gesetzes vor, sondern derer, die das Gesetz durchführten. Eine Rückwärtsveränderung des Gesetzes würde nicht bessern, sondern die Verhältnisse verschlimmern. Ich gehe nicht auf die Frage der Arztvergütung der Krassen ein. Wir kamen bei Erlaß der Versicherungsordnung dahin überein, die Regelung zwischen Ärzten und Krankenkassen deren freier Vereinbarung zu überlassen. Wir müssen abwarten, wie die jetzigen Streitigkeiten geendet werden. Die Erörterung jetzt würde die Streitpunkte verschärfen. So schmerzlich mir die Schwierigkeiten bei der Durchführung der Versicherung und der ärztlichen Vergütung sind, ich sehe keinen durchschlagenden Grund zur Änderung des Gesetzes und zur Hinausschiebung des Inkrafttretens.

Es findet die Besprechung statt. Abg. Giebel (Soz.): Der Bundesrat ist gar nicht berechtigt zu einem Hinausschieben des Termins. Von einem Verzichtstreif haben nur die Letzte einen finanziellen Ausfall, das Geld kommt den Familien der Erkrankten zu.

Abg. Becker-Arnstberg (Ztr.): Die Sozialdemokraten befürchten, daß die Voten bei Krankenkassenwahlen die sozialdemokratische Machtstellung gefährden.

Darauf wird ein Vertagungsantrag eingebracht. Nächste Sitzung Dienstag, pünktlich 2 Uhr. Kurze Anfragen, Etat.

Deutsches Reich.

Herbsttagung des Zentralausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei.

r. Berlin, 6. Dezember. Der Zentralausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei trat am Sonntag Nachmittag zu einer Herbsttagung im Reichstag zusammen. Die Sitzung war außerordentlich stark von Reichstags- und Landtagsabgeordneten sowie von den Mitgliedern des Ausschusses und von Parteisekretären besucht.

Abg. v. Payer eröffnete die Verhandlungen als erster stellvertretender Vorsitzender mit herzlichen Begrüßungsworten und gedachte der verstorbenen Parteifreunde, zu deren Gedächtnis sich die Anwesenden von ihren Sigen erhoben. An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Schrader wurde Abg. Döbe zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Abg. Dr. Wiemer erbat die Besetzung des geschäftsführenden Ausschusses, der im verlossenen Jahre eine rege Tätigkeit entfaltet. Es haben 23 Parteisekretäre tagungsbefähigt, die ein erhellendes Bild der Wirkamkeit und Geschlossenheit der Partei gaben. Die Parteioffiziere Westpreußens und Mecklenburgs sind jetzt der Gesamtpartei beigetreten. Diese erstreckt sich nunmehr über das ganze Reich mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen. Der Anschluß der dortigen Volkspartei ist noch nicht vollzogen, sie steht aber in ständiger Fühlung mit der hiesigen Parteileitung. Die Partei sei den elsäß-lothringischen Freunden dankbar für ihre rege politische Arbeit. Bedauerlich ist, daß diese Tätigkeit, die auf dem freiwilligen Aufbau des Landes und auf den festeren Anschluß der Bevölkerung auf das Reich gerichtet sei, durch die Vorgänge der letzten Zeit sehr beeinträchtigt werde. Der Abg. Wiemer dankte unter dem Beifall der Versammlung dem Abg. Höfer für die entscheidende und treffliche Art, in der er die Sache der Elsaß-Lothringer geführt habe. Höfer, der bisher nur Hospitant der Fraktion war, ist dieser jetzt als Mitglied beigetreten. Dr. Wiemer erörterte dann die Erwählungen zum Reichstag sowie die Wahlen zum preussischen und badischen Landtag und erklärte bei Erörterung der Stellung zu den anderen Parteien hinsichtlich der Frage des Schutzes der Arbeitswilligen, daß die Fraktion ausreichenden Schutz der Arbeitswilligen wolle, aber für eine Verschärfung der bestehenden Gesetze und für Ausnahmebestimmungen nicht zu haben sei. Der Redner schloß mit einer Mahnung zur tatkräftigen Weiterarbeit.

Professor Weidenreich-Straßburg dankte der Fraktion für die tatkräftige Unterstützung Elsaß-Lothringens in diesen Tagen desgleichen den Parteifreunden im Reich und in der Presse. Zabern sei eine symptomatische Erscheinung für die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen. Die Jugendschicksale der Regierung seien so minimal, daß die Bevölkerung sich kaum damit zufrieden geben könne. Beim Zusammentritt des Landtages sei eine scharfe Kritik der Haltung der Regierung zu erwarten, wenn es bei den bisher bekannt gewordenen Maßnahmen kein Besseres geben sollte. Der Redner bittet um die weitere Unterstützung durch die Fraktion. Ihre Haltung und die Haltung des Reichstages habe vieles wieder gut gemacht was verloren worden war.

Eine längere Debatte knüpfte sich an die Frage der Arbeitswilligen, Es beteiligten sich daran die Herren Kommerzienrat Crämer-Sonnenberg, Abg. Deiser-Frankfurt a. M., Arbeitersekretär Erlesen-Berlin, Stadtm. Syndikus Meyer-Charlottenburg, Abg. Döbe-Berlin, Abg. Kopisch, Chefredakteur Steinbock-Bittau und Abg. Gotheim. Der Referent, Dr. Wiemer sagte die anregende Debatte dahin zusammen, daß der Zentralausschuß einmütig für den Schutz der Arbeitsfreiheit aber gegen eine Verschärfung der Gesetze für die Ausgestaltung des Koalitionsrechtes und für die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sei. Abg. Gotheim referierte abschließend über die Parteifinanzen und über die Ausbeutung der Parteioffiziationen. — Die Verhandlungen werden am Sonntag früh fortgesetzt.

Der Sitzung ging eine Konferenz der Parteisekretäre voran, in die Herr Elbel-Brandenburg über Parteifreunde und Finanzen, sowie Parteisekretäre und Presse, ferner Herr Schumacher-Berlin über Einheitlichkeit der Agitation referierte. An beide Referate schloß sich eine anregende Aussprache.